

LESERBRIEFE

Freiheit gilt nie absolut

In der aktuellen Diskussion – auch im Forum der Leserbriefe – wird «die (liberale) Freiheit» oftmals einseitig interpretiert. Dabei gilt sie doch in einer willensbasierten Demokratie nie absolut, sondern ist stets an gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität gebunden. In welchem Masse sie in dem vereinbarten Rahmen ausgeschöpft werden kann, hängt u.a. von individuellen Ressourcen ab (z.B. Gesundheit, Ausbildung, Finanzkraft), die aber fraglos ungleich verteilt sind. (Ohne Schwimmhilfe ins tiefe Wasser zu dürfen, nutzt lediglich den Menschen, die schwimmen können). So wird die Freiheit hier Bevorteilten immer zugunsten der Teilhabe Benachteiligter eingeschränkt (Nicht spritzen, tunken, vom Beckenrand springen, um die weniger sicheren Schwimmer nicht zu gefährden).

Zudem wäre jeweils zwischen einer «Freiheit von etwas» und einer «Freiheit zu etwas» zu unterscheiden. Hier

muss eine Befreiung von einer vormaligen Orientierungshilfe von einer neu zu gestaltenden Verbindlichkeit abgelöst werden. So wäre der Verzicht auf eine Badeordnung beispielsweise durch den Einsatz vieler Rettungsschwimmer aufzufangen, die jedoch lediglich akut Ertrinkenden beistehen und keinerlei präventive Badeaufsicht betreiben, die durch den Wegfall der zu kontrollierenden Vereinbarung hinfällig bleibt.

Die Kapazitäten der Rettungsschwimmer entwickelten sich so zum limitierenden Faktor der neu gewonnenen Freiheit. Diese Umstände zu ignorieren oder alternativer Schutzkonzepte zu entsagen, führte zu einer Freiheit willkürlicher Beliebigkeit und somit zu überfordernder Selbstverantwortung ressourceneingeschränkter Benachteiligter. Das allerdings wäre weniger liberal als vielmehr zynisch.

Kimon Blos, Willisau

Ich wünschte, ich könnte mehr tun

Ich weiss, dass die Pflegeinitiative ordnungspolitisch der falsche Weg ist und dass dieses Anliegen nicht in die Bundesverfassung gehört. Aber ich will ein Zeichen setzen. Es ist himmeltraurig, wenn immer mehr Pflegefachpersonen ihrem Beruf den Rücken kehren und ihre Stellen nur noch teilweise ersetzt werden. Es ist beschämend, wenn die Arbeit des Personals daran gemessen wird, ob Ende des Jahres ein fetter Gewinn erwirtschaftet worden ist. So

gerne möchte ich all den Pflegenden danken für ihren Einsatz, für ihre lebensnotwendigen Dienste, für ihr Ausstehen in diesem zermürbenden System.

Ich tue das mit einem Ja zur Pflegeinitiative und will damit aufrufen, im Pflege- und Betreuungsbereich endlich die Menschen wieder wichtiger zu nehmen als den Gewinn.

Marlis Roos Willi, Geiss

Pausenmilch hinterfragen

Auch in Langnau wurde am 4. November Pausenmilch an Schülerinnen und Schüler verteilt. Leider hat es der «Willisauer Bote» verpasst zu erwähnen, wie umstritten diese Werbeaktion der Milchlobby ist. Diverse Organisationen riefen auch dieses Jahr zum Boykott auf. Denn erstens hat Werbung in der Schule grundsätzlich nichts verloren. Zweitens ist die Kuhmilch aus Sicht des Tier- und Umweltschutzes kein harmloses Lebensmittel. Man denke an die Massentierhaltung und die Trennung der Kälber, oder an die

Tatsache, dass die meisten Milchkühe nach sechs Jahren getötet werden. Die Umweltbelastung der Milchbranche ist ebenfalls erheblich, von den wirtschaftlich höchst bedenklichen Verflechtungen ganz zu schweigen. Ausserdem ist der propagierte positive gesundheitliche Aspekt schon längst widerlegt. Warum werben wir unhinterfragt bei Kindern für ein Produkt, dessen Hintergründe wir vor ihnen verheimlichen müssen?

Milka Lehner, Egolzwil



Am 28. November ist Abstimmungssonntag. Foto Keystone

Spaltung der Gesellschaft stoppen

Wir sind eine Gruppe von Luzerner Kleinunternehmern, die sich aus persönlicher Überzeugung für ein Nein zur Verschärfung des Covid-19-Gesetzes am 28. November 2021 einsetzen, insbesondere gegen die diskriminierende Zertifikatspflicht.

Wir anerkennen, dass es sich bei Covid-19 um eine ernstzunehmende Erkrankung handelt, und haben Verständnis für die Eingrenzung der Pandemie ergriffen hat. Die durch das Covid-19-Gesetz zuletzt eingeführten Einschränkungen gehen uns aber eindeutig zu weit. Mit der teils kostenpflichtigen 3G-Pflicht wird die Teilnahme von ungeimpften Menschen am sozialen und beruflichen Leben erheblich erschwert. Mehr noch: Die Zertifikatspflicht führt faktisch zu einem Ausschluss von Teilen der Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben und damit zu einer verfassungswidrigen Diskriminierung. Ausserdem ist sie sachlich nicht gerechtfertigt, da erwie-

senermassen auch geimpfte Menschen angesteckt werden und ansteckend sein können. Wir werden lernen müssen, mit diesem Virus zu leben.

Die Situation, die wir zurzeit erleben, ist besorgniserregend. Menschen verlieren ihre Stelle, weil sie sich nicht impfen lassen wollen, Freundschaften zerbrechen, Familien werden entzweit. Die Zertifikatspflicht mit indirektem Impfwang hat in einem freien und demokratischen Land wie der Schweiz bereits zu einer gefährlichen Spaltung der Gesellschaft geführt. Mit der bereits erfolgten Impfung aller Impfwilligen sind deshalb Lockerungen der Anti-Covid-Massnahmen angezeigt, nicht Verschärfungen.

Da sich der Bundesrat offensichtlich schwer damit tut, einmal beschlossene Massnahmen zurückzunehmen, rufen wir das Schweizer Stimmvolk auf, die zusätzlichen Kompetenzen der Regierung zu beenden und das Covid-19-Gesetz am 28. November abzulehnen.

Nach zwei Jahren mit grossen Einschränkungen und einem halben Jahr mit Zertifikatspflicht ist es jetzt an der Zeit, einen Weg aus der Pandemie zu finden, der ohne verfassungsrechtlich problematischen Einschränkungen der Grundrechte der Bevölkerung auskommt.

Komitee «Gwärbler gäge d'Zertifikatspflicht»: Thomas Abächerli, Präsident Gewerbe Rontal KMU Ebikon; Benjamin Koch, Präsident Wirtschaftsverband Stadt Luzern; Patrick Müller, Vizepräsident Gewerbeverband Kriens; Peter Fährndrich, Präsident Gwärb Eschenbach, Netzwerk für Unternehmertum; Moritz Felix, Präsident Gewerbeverein Beromünster und Umgebung; Daniel Keller, Vorstandsmitglied KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern, Udligenswil; Vroni Thalmann, Mitglied Gewerbegruppe KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern, Flühl

Ti amo, Hockey-Club Ambri Piotta

Mit Freude und Zustimmung habe ich die «Carte blanche» des Journalisten Stephan Weber gelesen (WB vom 5. November). Er beschreibt farbig Erlebnisse und Gefühle, welcher dieser legendäre Verein seiner Fangemeinschaft vermittelt. Freud und Leid von Ambri verfolge ich seit meiner Jugendzeit und dabei oft in der Valascia und nun auch im neu eröffneten Stadio Gottardo. Ein kleines Dorf in der Leventina ist in

vieler Leute Munde. Zwar reichen die finanziellen Mittel wohl nie zum Titel eines Schweizer Meisters. Der Mythos Ambri sorgt indes für andere nachhaltige Hochgefühle. So nach einem gewonnenen Match das Lied der Berge «La Montanara» aus voller Kehle mitzusingen. Der HC Ambri ist übrigens auch in unserer Region breit verwurzelt und bei den Heimspielen mit dabei: direttissima von Dagmersellen im Bus

nach Ambri. Eine tolle Leistung des Fanclubs Luzern! Stararchitekt Mario Botta hat zusammen mit dem phänomenalen Präsidenten Filippo Lombardi ein sehenswertes bauliches Juwel der Spitzenklasse geschaffen.

«Non mollare mai»: Nie aufgeben, heisst die vielsagende Parole. Möge es so bleiben!

Klaus Fellmann, Dagmersellen

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Andreas Bärtschi
FDP, Altishofen

Liebe Böttu-Leserin, lieber Böttu-Leser

Mein letzter «Brief aus dem Kantonsrat» ist von Anfang März 2021 und endete mit den Worten «ich bin über-

Partei der Macher

zeugt und voller Hoffnung, dass bis im November das Thema Corona nicht mehr so im Mittelpunkt stehen wird». Aber wie heisst es so schön «erstens kommt es anders und zweitens als man denkt». Leider haben wir mittlerweile die traurige Gewissheit, dass sich diese Hoffnung zerschlagen hat. Das Coronavirus und die weltweite Pandemie dominieren das gesellschaftliche und politische Leben nach wie vor. So haben wir zum Beispiel in der vergangenen

Oktobersession weitere Härtefallmassnahmen über 16,5 Millionen Franken verabschiedet. Auch für die Luzerner Listenspitäler und den Kulturbereich wurden entsprechende Unterstützungsgelder gesprochen. Die parlamentarischen Geschäfte dazu waren unbestritten und gingen nahezu geräuschlos über die Bühne. Als es dann aber um den Kantonsrat selber ging, welcher aktuell immer noch in der Stadthalle in Sursee tagt und so Mehrkosten von 60'000 Franken pro Session verursacht, gingen die Wogen hoch. Da aktuell die gesetzlichen Rahmenbedingungen fehlen, hat man zuerst auf freiwilliger Basis versucht, die Kantonsratssession als 3G-Veranstaltung durchzuführen.

So hätten wir wieder zurück nach Luzern in den Kantonsratssaal gekonnt. Weil dieses Unterfangen aber scheiterte, hat man nun den Gesetzesprozess angestossen. Dieser Prozess dauert aber länger und bedeutet, dass auch die kommenden Sessionen noch nicht als 3G-Veranstaltung durchgeführt und nach wie vor extern stattfinden werden. Leider verursachen wir so auch weiterhin entsprechende Mehrkosten für die Steuerzahlenden des Kantons Luzern. Ich bedaure dies ausserordentlich und

habe nur sehr wenig Verständnis für die Ablehnung gewisser Kantonsrätinnen und Kantonsräte.

Die hitzige Debatte im Luzerner Kantonsrat zeigte exemplarisch, wie sich die Fronten in den letzten Wochen verhärtet haben. Mit dem Einzug des Herbstes ist nicht nur das Wetter, sondern auch die politische Gangart rauer und kälter geworden. Seit ich in der Politik tätig bin, habe ich dies so noch nie erlebt. Immer wieder wurde ich als FDP-Mitglied verbal angegriffen, was mich zum Nachdenken angeregt und auch dazu bewogen hat, diese Zeilen meiner Partei zu widmen.

Vor drei Jahren bin ich der Freisinnig-Demokratischen Partei beigetreten. Ein Entscheid, welcher ich bis heute nie bereut habe. Ich wollte zur FDP, weil es die Partei der Macher ist. Es ist die Partei, welche unsere Schweiz aufgebaut und geprägt hat. Auch wenn sich immer wieder andere Parteien und Gruppierungen als die einzigen «wahren Eidgenossen» hervortun, so waren es liberale Macherinnen und Macher, welchen wir den heutigen Wohlstand zu verdanken haben. Nicht

nur die Pfeiler des schweizerischen Neutralitätsprinzips, sondern auch die Gründung der ETH Zürich, die Gotthard-Bahn, die Credit Suisse und die SwissLife gehen auf das Schaffen des freisinnigen Alfred Escher zurück. Auch die Gründung des Schweizerischen Roten Kreuzes erfolgte mit Bundesrat Dubs und General Dufour durch zwei Liberale. Es war der Solothurner FDP-Bundesrat Walter Stampfli, welcher 1944 die AHV ins Leben rief. Auch jetzt, über 70 Jahre später, sind es die Jungfreisinnigen, welche Verantwortung übernehmen und mit der eingereichten Renteninitiative unsere AHV retten wollen. 1984 wurde mit Elisabeth Kopp zum ersten Mal eine Frau in den Bundesrat gewählt, selbstverständlich auch sie eine Liberale. Diese historischen Ereignisse sind bei Weitem nicht abschliessend und veranschaulichen, wie meine Partei schon immer Verantwortung übernommen hat und lieber mitgestaltet, statt einfach nur kritisiert. Auch heute übernimmt die FDP auf allen Stufen ihre Verantwortung wahr. Sie stellt nach wie vor am meisten Regierungsräte/-innen im Land. Sie stellt auch am meisten Gemeinderäte/-innen und besetzt am meisten Ge-

meindepräsidenten in der Schweiz. Selbst im Kanton Luzern, welcher stark von der Mitte (CVP) geprägt ist, übernimmt die FDP Verantwortung. Ob beim kantonalen Gewerbeverband, beim Verband Luzerner Gemeinden oder bei der Wirtschaftsförderung. Überall stehen liberale Persönlichkeiten an der Spitze und engagieren sich für die Menschen in unserem Kanton.

Ich bin stolz, Teil der FDP zu sein und mich für die Werte der liberalen Volkspartei zu engagieren. Die Geschichte hat gezeigt, dass es sich lohnt! Es ist einfacher, wenn man die Verantwortung nicht tragen muss und nur kritisieren kann. Als FDP-Mitglied kann man hier aber nicht den einfachen Weg gehen. Freiheit bedeutet eben auch Verantwortung und Eigenverantwortung. Während andere versuchen Stadt gegen Land oder geimpft gegen ungeimpft auszuspielen, ist es das Ziel der FDP. Die Liberalen gemeinsam weiterzukommen. Unsere Nation zu einen, wie sie dies bereits 1848 nach dem Sonderbundkrieg musste. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist eine freisinnige und liberale Politik so wichtig und nötig wie eh und je.